

# Parteiarchive in Europa I

## Grundsätzliche Überlegungen\*

Von Günter Buchstab

Parteien und Parlamente sind in der Demokratie westlichen Zuschnitts Komplementärgrößen, unverzichtbare Institutionen des demokratischen Verfassungslebens. Vieles, was im exekutiven und legislativen Raum von Politikern und Parlamentariern erörtert wird, hat seinen Ursprung in der Aktivität und Initiative der Parteien. Nachstehend einige grundsätzliche Gedanken über die Bedeutung der Parteien für das Archivwesen und die historische Forschung. Eine Vorstellung der westeuropäischen Parteiarchive ist für das folgende Heft geplant. Ein dritter Beitrag wird sich den im Aufbau befindlichen Parteiarchiven in den Staaten des ehemaligen Ostblocks widmen.

Ein vordemokratisches Archivverständnis?

In Anbetracht der herausragenden Bedeutung der Parteien für das politische, soziale und wirtschaftliche Leben in der modernen Demokratie muß es erstaunen, daß die Archivkunde die Parteien bisher vernachlässigt hat. Eine Erklärung hierfür ist in der etatistischen Tradition des Archivwesens zu suchen. Die staatlichen und kommunalen Archive konzentrieren sich vornehmlich darauf, die Tätigkeit ihrer administrativen Träger zu dokumentieren. Fast ist man geneigt, angesichts des geringen Stellenwerts, der den Parteien und ihren Unterlagen im allgemeinen eingeräumt wird, von einem vordemokratischen Archivverständnis zu sprechen. Es ist offenbar noch nicht allgemein bewußt, daß die Dokumentation des vielfältigen schriftlichen Niederschlags, der von außen, von den Organisationen, von den Parteien, auf die staatliche und kommunale Tätigkeit einwirkt, sich zu den traditionellen Aufgaben der Archivare hinzugesellen muß. Die Einbeziehung der nichtstaatlichen Überlieferung in die Archivierungsprogramme muß bedacht und organisiert werden.

---

\* Eine Übersicht zur Entwicklung und aktuellen Lage der Parteiarchive in Europa folgt in Band 2 dieser Zeitschrift.

Die staatlichen und kommunalen Archive wären damit allerdings in der Regel überlastet, können sie doch allein schon die fast lawinenartige Vermehrung des Behördenschriftguts kaum noch bewältigen. Die Frage stellt sich aber auch, ob die Materialien der Parteien überhaupt in ihre Zuständigkeit fallen, sind doch die Parteien weder Einrichtungen privater noch öffentlich-rechtlicher Natur. Was ist eigentlich das Objekt, um das sich – angesichts seiner unbestreitbaren Bedeutung in der Demokratie – nicht nur die Politologie, sondern auch die Archivwissenschaft intensiver kümmern müßte?

### Zur Parteientypologie

Über Parteiarchive kann nicht gehandelt werden, ohne einen Blick auf die Parteien selbst zu werfen. Selbstverständlich kann hier kein weiterführender Beitrag zur Parteienforschung oder zu einer allgemeinen Parteienlehre geleistet werden. Auch die unterschiedlichen politischen Zielvorstellungen der Parteien sollen ausgeblendet bleiben. Ein kurzer Blick auf die Typologie politischer Parteien ist jedoch angezeigt, weil sich daraus Konsequenzen für das Archivwesen und die Arbeit des Archivars ableiten lassen.

Am Anfang des Parteiwesens im freiheitlich-demokratischen Staatswesen steht die schwach gegliederte Honoratiorenpartei; für einige Länder ist sie heute noch charakteristisch. Sie tritt in erster Linie zu Wahlzeiten in Aktion; ihre Repräsentanten stehen für eine klar zu definierende gesellschaftliche Gruppe. Sie verfügt weder über eine ausgeprägte Mitgliedschaft noch über eine zentrale Parteiorganisation – und schon gar nicht über eine irgendwie geregelte Archivalienverwaltung.

Einen völlig anderen Typus stellt die demokratische Massenpartei dar, die – außerhalb des Parlaments – mit einem eigenen Funktionärsstab und mit einem mehr oder weniger großen bürokratischen Apparat ausgestattet ist und somit über ein ständig zur Verfügung stehendes Instrument für regelmäßige Aktivitäten zur politischen Meinungs- und Willensbildung verfügt. Inwieweit sie eine aktive Mitglieder- oder eher eine lediglich zu Wahlzeiten attraktive Wählerpartei ist, soll in diesem Zusammenhang dahingestellt bleiben. Sie jedenfalls scheint am ehesten dafür geeignet, den politischen Willen bestimmter Bevölkerungsteile zu bündeln, sei es in weltanschaulicher, religiöser, sozialer, wirtschaftlicher oder landsmannschaftlicher Hinsicht.

Nicht zu vergessen sind schließlich jene Parteien, die in bestimmten Regionen verwurzelt sind oder Minoritäten repräsentieren.

Aus der demokratischen Massenpartei hat sich die sogenannte Volkspartei entwickelt, auch als »Allerweltpartei« oder »*catch-all-party*« bezeichnet,

die eine tiefere ideologische Durchdringung ihrer potentiellen Klientel für eine breitere Ausstrahlung und einen raschen Wahlerfolg zu opfern bereit ist (Kirchheimer). Diesem Parteityp scheint vornehmlich dort Erfolg beschieden zu sein, wo bestimmte gesellschaftliche Bedingungen, z.B. die Abschwächung sozialer Gegensätze, mit speziellen politisch-historischen Bedingungen (5 %-Klausel, Parteienverbote etc.) einhergehen.

Schließlich kennen wir in Europa die – hoffentlich überwundene – totalitäre Abart der demokratischen Massenintegrationspartei, in der die Konkurrenz von Meinungs- und Willensbildung institutionell beseitigt ist. Sie ist ein reines Herrschaftsinstrument der politischen Führung und versucht, »sich die Massen geistig und moralisch einzugliedern« (Kirchheimer). Deshalb verlangt sie von ihren Mitgliedern blinden Gehorsam und unbedingte Disziplin sowie ein permanentes Bekenntnis zu ihren Zielen in Wort und Tat. Sie ist das wesentliche Kennzeichen des diktatorischen Einparteiensystems, wohingegen – je nach Wahlrecht – das Zwei- und Mehrparteiensystem das Bild der westlichen Demokratien charakterisiert. Daß sich dieses Bild noch weitaus differenzierter präsentiert durch eine mehr oder minder ausgeprägte Faktionenbildung in einzelnen Parteien, soll nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden.

Alle diese – hier nur grob skizzierten – Parteitypen finden sich in vielerlei Mischformen und Variationsbreiten im europäischen Raum. Eine wissenschaftliche Archivalienkunde wird also das Schriftgut und die Dokumente von Parteien, ihren Einrichtungen und ihren Vertretern vor diesem Hintergrund zu berücksichtigen haben.

## Parteien und ihre Archive

Von vorrangigem archivarischen Interesse sind – was die Massenparteien betrifft – die Unterlagen der Parteiverbände und -gremien aller Ebenen sowie die Akten ihrer parlamentarischen Vertretungen. Zusammen mit diesen parteitypischen Materialien (Programme, Sitzungsprotokolle, Korrespondenzen, Aktenvermerke usw.) bilden die Unterlagen von Politikern aus ihrer Tätigkeit in Parteiämtern, in Legislative oder Exekutive, d.h. die Nachlässe, eine zusammenhängende Quellenmasse. Gerade die Nachlässe spiegeln wider, was oben gesagt wurde: Parteien – und ihre Repräsentanten, die in der Regel nur über die Partei in Staatsämter gelangen, also nicht von einer Obrigkeit ernannt werden – operieren an der Nahtstelle zwischen Staat und Gesellschaft. Von daher sind Nachlässe von entscheidender Bedeutung für die Parteiarchive. Und für den Nachweis des Wirkens von Honoratiorenparteien sind sie geradezu unverzichtbar. Wie sonst ließen sich – angesichts

der unterentwickelten Organisationsstruktur dieses Parteientyps – dessen historisch-politische Spuren nachzeichnen?

Die Nachlässe der Funktionäre und führenden Repräsentanten aller Ebenen haben aber auch für die weiter entwickelten, sozusagen auf einer höheren Stufe stehenden Massenparteien einen hohen Stellenwert, vor allem dann, wenn die eigentlichen Organisationsakten – aus welchen Gründen auch immer – verloren gegangen sind. Nachlässe spiegeln nämlich nicht nur das politische Wirken des jeweiligen Nachlassers wider, sie bilden auch eine Ergänzung der eigentlichen Parteiakten, im Falle ihres Fehlens eine Art Ersatzüberlieferung.

Die Parteiakten wiederum sind entscheidend für die Kenntnis der organisatorischen und programmatischen Entwicklung, kurz: für den Nachweis der Wirksamkeit der sog. Massenparteien – und zwar auf allen Organisationsstufen. Sie sind ein Beleg für die Meinungs- und Willensbildung der sog. Parteibasis und ihre Umsetzung in politisches Wollen und Handeln – zunächst im kommunalen Sektor, dann aber über die Funktionäre und Repräsentanten auch auf der regionalen und nationalen, ggf. sogar internationalen Ebene. Nur wenn das Archivgut der Parteien möglichst geschlossen erhalten bleibt und deren Archive wirklich das Ende ihrer Schriftgutverwaltung darstellen, ist umfassende Parteienforschung möglich und die wechselseitige Durchdringung von Staat und Gesellschaft in der Demokratie nachvollziehbar.

Aus Nachlässen und den eigentlichen Parteiakten kann die Forschung sowohl übergreifende Themen, d.h. zeithistorische, politologische, soziologische, als auch regional-, lokal-, parlaments- oder parteispezifische Fragestellungen behandeln. Bleibt also festzuhalten: Die gesamte Quellenbasis (Nachlässe *und* Akten der Parteigremien) möglichst geschlossen zu erhalten und der Forschung anzubieten, müßte das Bestreben nicht nur von Historikern, Soziologen und Politologen, sondern vor allem auch das Anliegen der Archive und der Archivare sein.

Für Material, das aus Parteitätigkeit hervorgeht, gibt es freilich – anders als bei Schriftgut aus öffentlich-rechtlicher Tätigkeit – keine Abgabepflicht, und es darf wohl in einem freiheitlichen Gemeinwesen, da das Wirken der Parteien zwischen privat und öffentlich angesiedelt ist, eine solche Verpflichtung auch nicht geben. Insofern gestaltet sich die Akquisition von Parteimaterial besonders schwierig. Auch erwarten Politiker, ihre Erben und Parteiverbände von Archiven einen besonderen Vertrauensschutz, da das abgegebene Material nicht nur zum privaten Nachteil, sondern auch in der politischen Auseinandersetzung verwendet werden könnte. In diesem Vertrauensschutz ist ein besonderer Grund für die Einrichtung von Partei- bzw. parteinahen Archiven zu sehen. Wo die Möglichkeit der Abgabe an solche Archive nicht vorhanden ist, besteht Gefahr daß dem kollektiven

Gedächtnis und der historischen Forschung wertvolles Material verloren geht.

Wie aber steht es nun mit Parteiarchiven im europäischen Raum? Zunächst ist festzustellen, daß Archive politischer Parteien in Europa eher Ausnahme als Regel sind. Dies ergab sich aus einer Umfrage, die das Archiv für Christlich-Demokratische Politik 1990 durchgeführt hat, sowie aus der Auswertung von Archivzeitschriften und -inventaren, wobei sich, insbesondere für die sozialistischen Parteien, die sich im Gegensatz zu anderen schon recht früh um ihre Archivalien gekümmert haben, der von der International Association of Labour History Institutions (Gent) herausgegebene *Directory 1987* als sehr hilfreich erwiesen hat. Viele Briefe dieser Umfrage blieben unbeantwortet – ein Indiz, daß das Bewußtsein der angeschriebenen Parteien und Parteiführungen dafür, welche Bedeutung ihre schriftlichen Unterlagen haben, noch unterentwickelt ist. Die Vermutung liegt deshalb nahe, ja sie drängt sich geradezu auf, daß den Parteiorganen die eigene Geschichte, ihre Wurzeln und ihre geschichtliche Entwicklung und ihr Standort in der Historie relativ gleichgültig sind.

Dafür lassen sich verschiedene Gründe ins Feld führen: Zum einen kennen Parteien – dies ergibt sich aus oben Gesagtem – keine behördenmäßige Büroorganisation mit Aktenordnung, Registraturen und Aktenkellern. Hauptamtlich besetzte Geschäftsstellen mit ausgewiesenem Personal existieren – bis auf die Zentralen – meist nicht. Es fehlt an Geld – dies ist wohl einer der wesentlichen Gründe -, an Raum und Personal, das zudem häufig wechselt. Aus diesen Gründen ist eine systematische Aktenführung die absolute Ausnahme. In aller Regel werden die Akten, wenn sie nicht mehr für den laufenden Geschäftsbetrieb gebraucht werden, in die Keller oder auf die Dachböden verbannt oder aber aus Platzgründen vernichtet. Parteien sind außerdem naturgemäß weniger an ihrer Geschichte als vielmehr an politischer Gestaltung, an Machtgewinn und Machterhalt interessiert; sie schauen nach vorn und versuchen Wahlen zu gewinnen.

Immerhin konnten parteinahe Zentralarchive nachgewiesen werden: 1. bei den Sozialdemokraten/Sozialisten in Deutschland, Belgien, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und Österreich; 2. bei den Christlichen Demokraten in Deutschland, Belgien, Italien, Österreich und Spanien; 3. bei den Liberalen in Deutschland und Belgien.

Neben den Zentralarchiven, die in der Regel mit dem Sitz der jeweiligen Parteispitzen eng verbunden sind, gibt es eine Reihe eigens gegründeter Einrichtungen, die sich der Akten annehmen – Vereine, Stiftungen, aber auch Forschungsstellen, die sich mit einer bestimmten parteipolitischen Richtung befassen und sich um das einschlägige Quellenmaterial bemühen. Nicht zu vergessen ist schließlich, daß eine Reihe von Parteien ihre Materialien den staatlichen Archiven anvertraut; auch Minister-Nachlässe werden dort

aufbewahrt. Material kleiner Parteien, die manchmal nur von kurzer Lebensdauer waren, ist häufig nicht mehr nachweisbar, eine besonders bedenkliche Feststellung.

Aus den erhaltenen Informationen gewinnt man den Eindruck, daß die sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien aufgrund ihrer relativ langen und ungebrochenen Tradition sich am ehesten ihrer Geschichte bewußt sind. Sicher spielt der Wunsch eine Rolle, mit den eigenen Archiven das parteieigene Selbstverständnis zu stärken, anhand der Quellen die Kongruenz von Praxisarbeit und theoretischer Fundierung, die die Klassiker der Arbeiterbewegung vorgegeben hatten, zu prüfen und – *last but not least* – mit einer Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ein Gegengewicht zur sogenannten bürgerlichen Historie der Haupt- und Staatsaktionen zu schaffen. Aus diesen Gründen haben sie frühzeitig ihre Materialien in – heute frei zugänglichen – Forschungseinrichtungen konzentriert.

Bei den christlich-demokratischen sowie bei den konservativen und liberalen Parteien ist die Lage hingegen anders. Bei diesen gilt es, das Verständnis für Archive und deren Bedeutung zu entwickeln und zu schärfen. Eine Ausnahme bildet die Bundesrepublik Deutschland, wo die Existenz der Politischen Stiftungen, die im wesentlichen vom Staat finanziert werden, die Gewähr für eine ordnungsgemäße Archivierung von Parteiakten bietet.

Ganz anders dagegen verhält es sich mit den Akten der sozialistisch-kommunistischen Parteien des ehemaligen Ostblocks, die als »Staatsstrukturen« über ein anderes Selbstverständnis als die demokratischen Parteien des Westens verfügten. Aus ihrer umfassenden, den Staat völlig vereinnahmenden, ja unterordnenden Tätigkeit heraus errichteten sie zentrale Parteiarchive. Ihre »Dokumente der Arbeiterklasse«, so das Lehrbuch des Archivwesens der DDR von 1984, »verkörperten einen einmaligen Schatz von Erfahrungen und Lehren des historischen Kampfes der Arbeiterbewegung, der für die politisch-ideologische Arbeit von unschätzbarem und ständig steigendem Wert war. Hinzu kam, daß mit der Eroberung der Macht und Machtausübung durch die Arbeiterklasse das Archivgut ihrer Partei eine völlig neue Qualität erhielt.« Zugänglich waren diese Materialien aber nicht. Sie waren zur geheimen Staatssache erklärt. Nun ist zu erwarten, daß sie jedermann für die Auswertung zur Verfügung stehen werden.

## Fazit

Insgesamt ist die Situation der Parteiarchivalien in Europa wenig zufriedenstellend. Besserung ist gefordert. Schritte dazu müssen zunächst auf nationaler und regionaler Ebene erfolgen. Sofern angesichts der offenkundigen Bedeutung der Parteien in der parlamentarischen Demokratie nicht Stiftun-

gen, Vereine oder Forschungseinrichtungen sich der Materialien annehmen können, sollten es die staatlichen Archive tun. Historiker und Archivare müssen darauf hinwirken, historisches Bewußtsein in den Parteien zu entwickeln, damit ihre Bedeutung im politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Prozeß angemessen gewürdigt werden kann.

Ein Erfahrungsaustausch auf europäischer und internationaler Ebene ist in Gang gesetzt. Die 1992 in Montreal gegründete Sektion der Partei- und Parlamentsarchive ist ein Schritt in die richtige Richtung, von dem Signalwirkung ausgehen könnte. Einheitliche Kriterien der archivischen Bewertung, Erschließung und Benutzung wären für Archive wie für die Historie von großem Gewinn. In einem demokratisch strukturierten Europa ohne Grenzen können archivische und historiographische Barrieren nur dann überwunden werden, wenn grenzüberschreitende Problemlösungen gefunden werden. Auch den Archiven und Archivaren ist hier eine wichtige europapolitische Aufgabe zugewiesen.

